



Bernd Eisinger | Peter K. Warndorf | Jochen Feldt

Schülerkosten in öffentlichen Schulen

Eine Untersuchung für das Saarland



Steinbeis-Editio



Prof. Dr. oec. Bernd Eisinger

Diplom-Kaufmann; seit 1998 Leiter des Steinbeis-Transferzentrums Wirtschafts- und Sozialmanagement, Heidenheim (gemeinsam mit Peter K. Warndorf). Seit 2000 Leiter des Studiengangs Handel an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg Heidenheim – Baden-Wuerttemberg Cooperative State University.



Prof. Dr. rer. nat. Peter K. Warndorf

Diplom-Psychologe; seit 1998 Leiter des Steinbeis-Transferzentrums Wirtschafts- und Sozialmanagement, Heidenheim (gemeinsam mit Bernd Eisinger). Seit 1994 Leiter des Studiengangs Kinder- und Jugendhilfe an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg Heidenheim – Baden-Wuerttemberg Cooperative State University.



Prof. Dr. rer. pol. Jochen Feldt

Diplom-Volkswirt; seit 2003 div. Projektleitungen im Steinbeis-Transferzentrum Wirtschafts- und Sozialmanagement, Heidenheim. Seit 1999 Professor an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg Heidenheim – Baden-Wuerttemberg Cooperative State University.

Bernd Eisinger | Peter K. Warndorf | Jochen Feldt

Schülerkosten in öffentlichen Schulen

Eine Untersuchung für das Saarland

Impressum

© 2011 Steinbeis-Edition

Alle Rechte der Verbreitung, auch durch Film, Funk und Fernsehen, fotomechanische Wiedergabe, Tonträger jeder Art, auszugsweisen Nachdruck oder Einspeicherung und Rückgewinnung in Datenverarbeitungsanlagen aller Art, sind vorbehalten.

Bernd Eisinger | Peter K. Warndorf | Jochen Feldt
Schülerkosten in öffentlichen Schulen. Eine Untersuchung für das Saarland

1. Auflage / Steinbeis-Edition, Stuttgart 2011
ISBN 978-3-941417-54-0

Satz: Steinbeis-Transferzentrum Wirtschafts- und Sozialmanagement
Umschlaggestaltung: Steinbeis-Edition
Titelbild: ©iStockphoto.com/Joshua Hodge Photography
Druck: e. kurz + co druck und medientechnik gmbh, Stuttgart

Steinbeis ist weltweit im Wissens- und Technologietransfer aktiv. Zum Steinbeis-Verbund gehören derzeit rund 800 Steinbeis-Unternehmen sowie Kooperations- und Projektpartner in 50 Ländern. Das Dienstleistungsportfolio der fachlich spezialisierten Steinbeis-Unternehmen im Verbund umfasst Beratung, Forschung & Entwicklung, Aus- und Weiterbildung sowie Analysen & Expertisen für alle Management- und Technologiefelder. Ihren Sitz haben sie überwiegend an Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen.

Dach des Steinbeis-Verbundes ist die 1971 ins Leben gerufene Steinbeis-Stiftung, die ihren Sitz in Stuttgart hat. Die Steinbeis-Edition verlegt ausgewählte Themen aus dem Steinbeis-Verbund.

Diese Publikation entstand unter Mitarbeit von

*Dipl.-Psych. Uta Braun-Warndorf, Dipl.-Psych. Monika Eisinger,
Dipl.-Kaufmann Rudolf Fuchs, M.Sc. (Univ.), Dipl.-Inf. (FH) Ludwig Grill,
Dipl.-Handelslehrerin Marion Hain, Josef Huber, Wolfgang Klatt,
Prof. Viktor Klein, Dipl.-Kaufmann Johannes Kolb, Ulla May,
Prof. Dr. Michael Krapp, Dipl.-Kaufmann Johannes B. Kraus,
Dipl.-Kauffrau Martina Kugler, Dipl.-Kaufmann Johannes Nebel, Dipl.-Wirt-
schaftswissenschaftler Björn Reitzenstein, M. Litt. (Univ.) Dennis J. Wurster*

Vorwort

Mit dem Saarland, dem kleinsten Bundesland der Republik (lediglich der Stadtstaat Bremen ist an Fläche und Einwohnerzahl geringer einzustufen), wird eine Serie von Berechnungen der Schülerkosten nun vervollständigt, die 2004 mit den Bundesländern Baden-Württemberg und Hessen begonnen hatte.¹ Damals hatte die Software AG-Stiftung dem Steinbeis-Transferzentrum Wirtschafts- und Sozialmanagement erstmals den Auftrag erteilt, die Kosten zu ermitteln, die durch einen Schüler einer Schule in staatlicher Trägerschaft entstehen. Diese Kosten sind weder bekannt noch leicht zu ermitteln – und doch Grundlage durchaus weitreichender Entscheidungen und Planungen im Bildungsbereich und darüber hinaus. Das limitierte Wissen erscheint bei näherer Betrachtung weit weniger zu überraschen: Selbst vertiefte Kenntnisse des internen Rechnungswesens, der Kameralistik und der politischen und juristischen Kontexte erleichtern die Beantwortung der Kostenfrage nur unwesentlich.

Die Stifterpersönlichkeit Dr. h. c. Peter Schnell hält ein vielfältig ausgestaltetes Bildungsangebot, das auch von möglichst vielen – nach Eignung und Neigung – genutzt werden kann, für ein unverzichtbares Kriterium einer sich dynamisch entwickelnden Gesellschaft. Diese Nutzung darf jedoch keinesfalls aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse der Familie und möglichst auch nicht ausschließlich aufgrund geographischer und/oder bürokratischer Zufälligkeiten eingeschränkt werden. Die angestrebte Pluralität wird durch die von ihm ins Leben gerufene Software AG-Stiftung in vielfältiger Weise gefördert.

Offensichtlich können Schulen in staatlicher Trägerschaft allein den wachsenden Bedarf an alternativen pädagogischen Konzepten nicht befriedigen. Dies muss zwangsläufig in einen Bedarf an anderen Trägerschaften münden, der sich auch tatsächlich in einer steigenden Zahl von Schulen in freier Trägerschaft manifestiert. Diese freien Schulträger wiederum sehen sich mit einem existenzgefährdenden Dilemma konfrontiert, das darin besteht, dass die staatlichen Finanzhilfen nicht annähernd die Existenz von Schulen in freier Trägerschaft sichern, das von den Eltern zu erhebende Schulgeld jedoch durch das Sonderungsverbot des Art. 7 GG limitiert ist. Es muss also auch darum gehen, valide und belastbare Zahlen zu haben, wenn es etwa darum geht, die staatlichen Zuschüsse zu Schu-

¹ Vgl. Eisinger, B./Warndorf, P. K./Feldt, J./Ziehr-Unmüßig, P. (2004a); (2004b).

len in privater Trägerschaft zu vereinbaren. Die hier durch das Steinbeis-Transferzentrum Wirtschafts- und Sozialmanagement ermittelten und vorgestellten ökonomischen Parameter können sicher nicht dem Anspruch genügen, alle denkbaren schulspezifischen Fragestellungen einer rationalen Beantwortung zuzuführen. Trotz aller Bemühungen, ein Maximum an Präzision im Ergebnis zu erzielen und in der Berechnung walten zu lassen, muss konstatiert werden, dass ein schwer zu quantifizierendes Ausmaß an Unschärfe in den vorgelegten Resultaten enthalten bleibt. Diese Unschärfe ist partiell unvermeidbar und sachimmanent, in anderen Teilen sicher auch dadurch bedingt, dass vorliegende Daten verzögert oder gar nicht öffentlich zugänglich gemacht werden. An verschiedenen Stellen der Kalkulation sind folglich immer wieder Setzungen, Schätzungen und Annahmen zu rekurrieren, die im Einzelfall sicher diskutiert werden können, aber definitiv allenfalls marginale Ergebnisbeeinflussungen zeitigen dürfen.

Mit dem hier vorgelegten Bericht für das Saarland liegen nun Zahlen für das gesamte Bundesgebiet vor. Die Ergebnisse sind nicht ohne weiteres vergleichbar, was keineswegs nur den unterschiedlichen Erhebungszeiträumen geschuldet ist. Erschwerend kommt hinzu, dass Länder und Kommunen keine identischen oder wenigstens sofort transparente gesetzliche, politische oder bildungsökonomische Grundlagen haben. Die dadurch evozierte Arbeit wurde durch die unterschiedlich weit fortgeschrittene Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik erschwert.

Prof. Dr. Dirk Randoll, dem zuständigen Projektleiter bei der Software AG-Stiftung, kommt als treibender Kraft das Verdienst zu, über sieben Jahre hinweg die Fäden in der Hand gehabt und gezogen zu haben, was sich auf die Kooperation zwischen dem Steinbeis-Transferzentrum Wirtschafts- und Sozialmanagement und der Software AG-Stiftung positiv auswirkte.

Während dieser Jahre hat sich in der Finanzierung der Bildungslandschaft durchaus einiges getan – so wurden in den verschiedenen Bundesländern angekündigte Streichungen nicht vorgenommen, in anderen die Berechnungsgrundlage angepasst oder die Zuschüsse erhöht. Das Klima zwischen öffentlichen und privaten Trägern des Schulwesens hat sich wohl meist – nach anfänglichen Irritationen – versachlicht. Ob das stets den erstellten Gutachten zuzuschreiben war, mag zunächst offen bleiben, der Sache abträglich waren sie sicher nicht.

Zum Abschluss dieser nunmehr vollständigen Erhebung der Schülerkosten in Deutschland ist es den Autoren ein Bedürfnis neben den genannten Personen auch zwei weiteren Herren zu danken, die keineswegs immer nur im Hintergrund hilfreich mitgewirkt haben:

Prof. Dr. Horst Ph. Bauer, Vorstandsmitglied der Software AG-Stiftung hat sich stets offen und interessiert für die Thematik gezeigt und, ebenso wie der Kommunikationsdirektor der Software AG-Stiftung, Walter Hiller den einen oder anderen Stein aus dem Weg geräumt. Es ist durchaus bemerkenswert, mit welcher konstruktiven Hilfsbereitschaft sich beide Herren an der gemeinsamen Aufgabe beteiligt haben. Dieses Engagement ging über das Erwartbare hinaus und war getragen von einem Bewusstsein einer gemeinsamen Sache dienen zu wollen, nämlich einen Beitrag zu leisten für eine optimale Gestaltung der bundesdeutschen Bildungslandschaft. Wenngleich auch nicht eine vollständige Einigkeit herrschte (oder auch nur angestrebt wurde) über das, was als optimal angesehen werden kann, so einte allemal das Bedürfnis nach wissenschaftlicher Objektivität und das Unbehagen an sachfremden Motiven und Erwägungen in diesem so sensiblen Bereich unserer Gesellschaft.

Professor Dr. Bernd Eisinger

Professor Dr. Peter K. Warndorf

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsverzeichnis.....	IX
Abkürzungsverzeichnis.....	XIII
Abbildungsverzeichnis.....	XV
1. Präzisierung des Untersuchungsauftrags.....	1
2. Das Schulwesen im Saarland.....	3
2.1 Strukturelle Gliederung des Schulwesens.....	3
2.2 Vertikale und horizontale Gliederung des Schulwesens.....	4
2.3 Abgrenzung der Trägerschaft.....	7
3. Kostenrechnerische Grundlagen.....	8
3.1 Begriffliche Abgrenzung der Kosten.....	8
3.2 Bedeutung und Vorgehen der Kostenartenrechnung.....	9
3.3 Bedeutung und Vorgehen der Kostenstellenrechnung.....	10
3.4 Bedeutung und Vorgehen der Kostenträgerrechnung.....	11
4. Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens.....	14
4.1 Von der Kameralistik zur Doppik.....	14
4.2 Kommunale Doppik vs. Kameralistik.....	15
4.3 Kritische Betrachtung der Kameralistik im Vergleich zur Doppik.....	17
4.4 Gestaltung des neuen Haushalts- und Rechnungswesens.....	19
5. Kostenorientierte Bewertung von öffentlichen Schulen.....	26
5.1 Analyse der Struktur und Umwandlung des Datenmaterials.....	26
5.1.1 Analyse der Struktur des kommunalen Haushalts.....	27
5.1.1.1 Kameraler Haushalt.....	27
5.1.1.2 Doppischer Haushalt.....	30
5.1.2 Analyse der Struktur des Landeshaushalts.....	33
5.1.3 Umwandlung von Haushaltsausgaben in Kostenarten.....	34
5.1.4 Bildung von Kosten- und Leistungsarten.....	36

5.2	Analyse und Abgrenzung der Kosten des Lehrpersonals.....	37
5.2.1	Personalkosten für Lehrkräfte im Beamtenverhältnis	38
5.2.1.1	Inhaltliche Darstellung der Dienstbezüge	40
5.2.1.2	Schätzverfahren zur Ermittlung der Dienstbezüge	41
5.2.1.3	Inhaltliche Darstellung der Beihilfeleistungen	44
5.2.1.4	Schätzverfahren zur Ermittlung der Beihilfeleistungen.....	45
5.2.1.5	Inhaltliche Darstellung der Versorgungsleistungen.....	47
5.2.1.6	Schätzverfahren zur Ermittlung der Versorgungsleistungen.....	49
5.2.1.7	Nicht berücksichtigte Positionen.....	53
5.2.2	Personalkosten für Lehrkräfte im Beschäftigtenverhältnis.....	54
5.2.2.1	Inhaltliche Darstellung der Beschäftigtenvergütung	57
5.2.2.2	Schätzverfahren zur Ermittlung der Beschäftigtenvergütung.....	59
5.2.2.3	Inhaltliche Darstellung der Krankenversorgung	60
5.2.2.4	Schätzverfahren zur Ermittlung der Krankenversorgung	61
5.2.2.5	Inhaltliche Darstellung der Altersversorgung	63
5.2.2.6	Schätzverfahren zur Ermittlung der Altersversorgung	65
5.2.2.7	Inhaltliche Darstellung der Absicherung gegen weitere Risiken.....	66
5.2.3	Sonstige Kosten des lehrenden Personals.....	66
5.2.3.1	Trennungs-, Reise- und Umzugskosten	67
5.2.3.2	Fortbildungskosten.....	67
5.2.3.3	Personalverwaltungskosten	68
5.2.3.4	Verwaltungsgemeinkosten für den schulischen Bereich	68
5.2.4	Resümee zur Ermittlung der Kosten des Lehrpersonals.....	69
5.3	Analyse und Abgrenzung der Kosten des nicht-lehrenden Personals.....	70
5.4	Analyse und Abgrenzung der kommunalen Verwaltungskosten	71
5.5	Analyse und Abgrenzung der kommunalen Immobilienkosten	72
5.5.1	Inhaltliche Darstellung der kommunalen Immobilienkosten	73
5.5.2	Schätzverfahren zur Ermittlung der kommunalen Immobilienkosten.....	75
5.5.3	Konkretisierung der Schätzung auf Basis einer kalkulatorischen Miete.....	78

5.6	Analyse und Abgrenzung der kommunalen Sachkosten	80
5.7	Analyse und Abgrenzung der kommunalen Leistungsentgelte	83
5.8	Allgemeine Beschränkungen der Bewertung öffentlicher Schulen.....	84
6.	Empirische Studie im Saarland	87
6.1	Konzeption der Untersuchung	87
6.1.1	Abgrenzung des Untersuchungsraums.....	87
6.1.2	Abgrenzung des Untersuchungszeitraums.....	88
6.1.3	Abgrenzung des Untersuchungsobjekts.....	89
6.1.4	Repräsentativität der Untersuchung.....	91
6.1.5	Methodisches Vorgehen bei der Untersuchung.....	92
6.2	Bestimmung der Kosten des Lehrpersonals	95
6.2.1	Personalkosten für Lehrkräfte im Beamtenverhältnis	96
6.2.1.1	Dienstbezüge	96
6.2.1.2	Beihilfeleistungen.....	97
6.2.1.3	Versorgungsleistungen.....	98
6.2.1.4	Weitere Verrechnungswerte.....	99
6.2.2	Personalkosten für Lehrkräfte im Beschäftigtenverhältnis.....	100
6.2.2.1	Beschäftigtenvergütung.....	101
6.2.2.2	Sozialversicherung	102
6.2.2.3	Zusatzversorgung	102
6.2.3	Sonstige Kosten des lehrenden Personals.....	103
6.2.3.1	Trennungs-, Reise- und Umzugskosten	103
6.2.3.2	Fortbildungskosten.....	104
6.2.3.3	Personalverwaltungskosten.....	104
6.2.3.4	Verwaltungsgemeinkosten	104
6.2.4	Übersicht über die Kosten des Lehrpersonals.....	105
6.3	Bestimmung der Kosten des nicht-lehrenden Personals	106
6.4	Bestimmung der kommunalen Verwaltungskosten.....	107
6.5	Bestimmung der kommunalen Immobilienkosten.....	108
6.6	Bestimmung der kommunalen Sachkosten.....	110
6.7	Bestimmung der kommunalen Leistungsentgelte.....	112

6.8 Ergebnisse der empirischen Studie	113
6.9 Landesspezifische Beschränkungen der Kostenbewertung.....	114
6.10 Bundesweiter Ländervergleich	115
7. Schlussbetrachtung zu den Schülerkosten im Saarland	117
Verzeichnis der Rechtsvorschriften	119
Literatur	123
Anhang	135

Abkürzungsverzeichnis

ATV	Tarifvertrag Altersversorgung
BAT	Bundesangestellentarifvertrag
BAT-O	Bundesangestellentarifvertrag-Ost
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz
BbhV	Bundesbeihilfavorschriften
BhVO	Beihilfeverordnung
EP	Einzelplan
ESTG	Einkommensteuergesetz
ISCED	International Standard Classification of Education
IVD	Immobilienverband Deutschland
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
KomRwG	Gesetz über das Neue Kommunale Rechnungswesen im Saarland
KommHVO	Kommunalhaushaltsverordnung
KSVG	Kommunalselbstverwaltungsgesetz
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
PISA	Programme for International Student Assessment
PrivSchG	Privatschulgesetz
RZVK	Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes
SBeamtVG	Saarländisches Beamtenversorgungsgesetz
SBesG	Saarländisches Besoldungsgesetz
SBG	Saarländisches Beamtengesetz
SchoG	Schulordnungsgesetz

SchPflG	Schulpflichtgesetz
SGB	Sozialgesetzbuch
SGB III	Sozialgesetzbuch, Drittes Buch, Arbeitsförderung
SGB V	Sozialgesetzbuch, Fünftes Buch, Gesetzliche Krankenversicherung
SGB VI	Sozialgesetzbuch, Sechstes Buch, Gesetzliche Rentenversicherung
SGB VII	Sozialgesetzbuch, Siebtes Buch, Gesetzliche Unfallversicherung
SGB XI	Sozialgesetzbuch, Elftes Buch, Soziale Pflegeversicherung
SRKG	Saarländisches Reisekostengesetz
STGV	Saarländische Trennungsgeldverordnung
SUKG	Saarländisches Umzugskostengesetz
SUV	Schülerunfallversicherung
TV-L	Tarifvertrag für den öffentlicher Dienst der Länder
TVöD	Tarifvertrag öffentlicher Dienst
TVÜ-Länder	Tarifvertrag zur Überleitung der Beschäftigten der Länder in den TV-L und zur Regelung des Übergangsrechts
UKS	Unfallkasse Saarland
VBL	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
VersRG-SL	Versorgungsrücklagengesetz im Saarland
VmH	Vermögenshaushalt
VV	Verwaltungsvorschriften
VwH	Verwaltungshaushalt
VZLE	Vollzeitlehrereinheit
ZBS	Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle
ZVK	Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Übersicht Kostenschwerpunkte.....	2
Abbildung 2: Gliederung der allgemeinbildenden Schulen im Saarland.....	4
Abbildung 3: Struktur eines Kosten- und Leistungsrechnungssystems.....	12
Abbildung 4: Muster des Ergebnishaushalts und der Ergebnisrechnung.....	21
Abbildung 5: Muster des Finanzhaushalts und der Finanzrechnung.....	23
Abbildung 6: Drei-Komponenten-System.....	24
Abbildung 7: Kommunalen Gliederungsplan mit zehn Einzelplänen.....	28
Abbildung 8: Kommunalen Gliederungsplan des EP 2.....	29
Abbildung 9: Kommunalen Gruppierungsplan mit zehn Hauptgruppen.....	30
Abbildung 10: Kommunalen Produktrahmenplan.....	31
Abbildung 11: Kommunalen Produktplan des Produktbereiches 21 (idealtypisch).....	32
Abbildung 12: Kommunalen Kontenrahmenplan.....	33
Abbildung 13: Kosten- und Leistungsarten auf Landes- und kommunaler Ebene.....	36
Abbildung 14: Analyse und Abgrenzung der Kosten des Lehrpersonals.....	37
Abbildung 15: Gliederung des Lehrpersonals.....	37
Abbildung 16: Übersicht Beamtenbesoldung und -versorgung.....	39
Abbildung 17: Wesentliche Zusammensetzung der Dienstbezüge.....	40
Abbildung 18: Schätzverfahren zur Ermittlung der Dienstbezüge.....	44
Abbildung 19: Schätzverfahren zur Ermittlung der Beihilfeleistungen.....	47
Abbildung 20: Schätzverfahren zur Ermittlung der Versorgungsleistungen.....	53
Abbildung 21: Bewertungsproblematik bestimmter Positionen.....	53
Abbildung 22: Übersicht Gehalt und Beschäftigtenversorgung.....	57
Abbildung 23: Wesentliche Zusammensetzung der Beschäftigtenvergütung.....	58
Abbildung 24: Schätzverfahren zur Ermittlung der Krankenversorgung.....	62
Abbildung 25: Sonstige Kosten im Zusammenhang mit Lehrkräften.....	67
Abbildung 26: Zusammensetzung der Kosten des Lehrpersonals.....	70
Abbildung 27: Analyse und Abgrenzung der Kosten des nicht-lehrenden Personals.....	70
Abbildung 28: Analyse und Abgrenzung der kommunalen Verwaltungskosten.....	71
Abbildung 29: Analyse und Abgrenzung der kommunalen Immobilienkosten.....	72
Abbildung 30: Kommunale Immobilienkosten.....	73
Abbildung 31: Problematik bei der Bewertung der kommunalen Immobilienkosten.....	74

Abbildung 32: Zusammensetzung der kommunalen Immobilienkosten nach Ansatz III	77
Abbildung 33: Schätzverfahren zur Ermittlung der kommunalen Immobilienkosten	78
Abbildung 34: Analyse und Abgrenzung der kommunalen Sachkosten.....	80
Abbildung 35: Analyse und Abgrenzung der kommunalen Leistungsentgelte.....	83
Abbildung 36: Konzeption der Untersuchung	87
Abbildung 37: Gewichtung über zwei Schuljahre	89
Abbildung 38: Berücksichtigte Schulformen in der Untersuchung	89
Abbildung 39: Schülerzahlen nach Schulformen 2008.....	90
Abbildung 40: Schülerzahlen nach Landkreisen 2008.....	90
Abbildung 41: Methodisches Vorgehen bei der Ermittlung der Schülerkosten.....	93
Abbildung 42: Systematisierung der Komponenten der Schülerkostenberechnung.....	94
Abbildung 43: Ermittlung der Kosten des Lehrpersonals	95
Abbildung 44: Anteil verbeamteter Lehrkräfte je Schulform 2008	95
Abbildung 45: Durchschnittliche jährliche Dienstbezüge je Schulform 2008.....	97
Abbildung 46: Personalkosten für Lehrkräfte im Beamtenverhältnis 2008.....	100
Abbildung 47: Durchschnittl. jährl. Vergütung der Beschäftigten je Schulform 2008.....	101
Abbildung 48: Personalkosten für Lehrkräfte im Beschäftigtenverhältnis 2008	103
Abbildung 49: Kosten des Lehrpersonals nach Schulformen 2008	105
Abbildung 50: Bestimmung der Kosten des nicht-lehrenden Personals	106
Abbildung 51: Kosten des nicht-lehrenden Personals nach Schulformen 2008	106
Abbildung 52: Bestimmung der kommunalen Verwaltungskosten	107
Abbildung 53: Kommunale Verwaltungskosten nach Schulformen 2008.....	107
Abbildung 54: Bestimmung der kommunalen Immobilienkosten	108
Abbildung 55: Netto-Kaltnieten für Bürogebäude mittleren Nutzenwertes 2008	109
Abbildung 57: Bestimmung der kommunalen Sachkosten	110
Abbildung 58: Kommunale Sachkosten nach Schulformen 2008	111
Abbildung 59: Bestimmung der kommunalen Leistungsentgelte	112
Abbildung 60: Kommunale Leistungsentgelte nach Schulformen 2008	112
Abbildung 61: Schülerkosten im Saarland nach Schulformen 2008.....	113
Abbildung 62: Schülerkosten im Land Saarland nach Schulformen 2008 (graphisch)	113
Abbildung 63: Kosten pro Schüler nach Bundesländern	116

1. Präzisierung des Untersuchungsauftrags

Bildung stellt einen Grundpfeiler der gesellschaftlichen Entwicklung einer Kultur dar. So verwundert es nicht, dass in Deutschland der Bildung nicht erst in der Gegenwart größere Bedeutung beigemessen wird. Vor diesem Hintergrund haben die Ergebnisse der verschiedenen PISA-Studien eine öffentliche Auseinandersetzung mit Bildung und Bildungspolitik unumgänglich gemacht. Dabei steht im Zentrum der Diskussion letztlich die Frage nach der Effizienz unserer Schulen und des Bildungssystems im weiteren Sinne. Wie leistungsfähig ist unser Bildungssystem? Aus streng ökonomischer Sicht stellt die Bildung eine Investition ins Humankapital dar. Dabei schlägt sich die Vermittlung von spezifischen Fähigkeiten und Kenntnissen vor allem in der Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft nieder. Was aber ist der Ertrag eines Bildungssystems und wie steht dieser im Verhältnis zu den entstehenden Kosten? Zur Klärung der aufgeworfenen Frage bedarf es einer Effizienzanalyse, die es vermag, zwei Teilbereiche zu trennen und beiden gerecht zu werden: Zum einen ist die Analyse und Bewertung des Outputs des Bildungssystems notwendig. Dabei werden jene öffentlichkeitswirksamen Aspekte berührt, die – durch Schlagwörter wie Bildungsnotstand oder Zwei-Klassen-Bildung geprägt – die herrschende Lern- und Lehrkultur sowie das Niveau der Breitenbildung betreffen. Zum anderen muss ein Bewusstsein für die tatsächlich anfallenden Kosten, welche durch das Bildungssystem verursacht werden, entstehen, sodass letztendlich geklärt werden kann, welchen Preis unsere Gesellschaft für das Gut Bildung bezahlt. Hierbei ist es unumgänglich, die tatsächlichen Kosten der Produktion von Bildung zu analysieren, um eine Vorstellung von der Effizienz unseres Bildungssystems zu erlangen.

Im deutschen Bildungswesen ist die Berechnung von finanzstatistischen Kennziffern eine wenig ausgeprägte wissenschaftliche Teildisziplin. Zwar wurden verschiedene finanzstatistische Ansätze bereits seit Anfang der 1950er Jahre entwickelt und gegen Ende der 1980er Jahre in regelmäßigen Berechnungen des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung umgesetzt. Diese Berechnungen der Schülerunitcosts stellen jedoch eine reine Ausgabenrechnung dar. Im Rahmen der jüngsten Anstrengungen bezüglich der Harmonisierung der internationalen Bildungsstatistik wurden von der Organization for Economic Cooperation and Development (OECD) jedoch verschiedene methodische Rah-